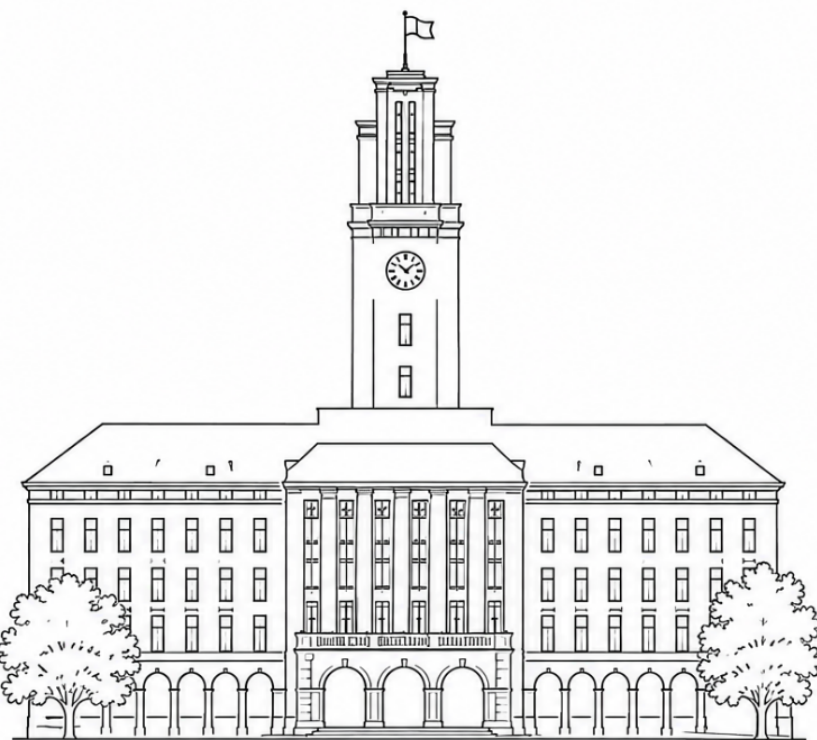


Wahlprogramm BSW Tempelhof-Schöneberg für die Wahl zur BVV



RATHAUS TEMPELHOF



RATHAUS SCHÖNEBERG

Mit Ki erstellt.

Von Hier - Für Uns!

Bündnis
Sahra
Wagenknecht



1. Frieden – Zusammenhalt und Sicherheit im Alltag

Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Er beginnt im Alltag der Menschen – dort, wo sie sich im öffentlichen Raum sicher fühlen, einander mit Respekt begegnen und Konflikte sachlich und ohne Vorverurteilung gelöst werden. Sozialer Frieden entsteht, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von Herkunft, Alter oder Lebensweise – als Teil unserer Gemeinschaft begreifen.

Tempelhof-Schöneberg ist ein vielfältiger Bezirk, und genau diese Vielfalt ist unsere Stärke. Sie verlangt jedoch gegenseitigen Respekt, klare Regeln und eine funktionierende Verwaltung.

Symbolpolitik, die spaltet oder Konflikte verschärft, lehnen wir ab. Unser Ansatz ist ein anderer: Wir setzen auf Begegnung, Dialog und Lösungen, die verbinden statt trennen.

1.1 Frieden und Debatten in Tempelhof-Schöneberg

Öffentliche Räume müssen Orte des Austauschs und des Miteinanders bleiben. Plätze, Straßen und Einrichtungen sollen Begegnung ermöglichen und nicht zum Schauplatz von Auseinandersetzungen werden. Auch politische Debatten müssen auf Bezirksebene sachlich, respektvoll und lösungsorientiert geführt werden.

Als Friedenskraft treten wir dafür ein, dass Schulen Orte der Bildung und der freien Meinungsentwicklung bleiben. Werbung für das Militär hat dort ebenso wenig Platz wie im öffentlichen Raum oder in Einrichtungen wie dem Jobcenter. Stattdessen wollen wir Friedensprojekte in Schulen und Kiezen stärken – etwa durch Schulsozialarbeit und mobile Angebote. Der Beutelsbacher Konsens muss gewahrt bleiben: Junge Menschen sollen lernen, kritisch zu denken, Verantwortung zu übernehmen und Zusammenhalt zu gestalten – nicht, in Kategorien von Konflikt und Ausgrenzung zu denken.

Frieden braucht sichtbare Zeichen der Verständigung. Deshalb setzen wir uns für ein jährliches Friedensfest ein, beispielsweise am 8. Mai am Friedensplatz in Tempelhof. Ein solcher Tag bietet die Möglichkeit, Geschichte bewusst zu würdigen, Begegnung zu schaffen und Generationen miteinander ins Gespräch zu bringen. Für uns gilt: Begegnung ist wichtiger als Symbolpolitik, die eher trennt als verbindet.

Auch Städtepartnerschaften wollen wir stärken und den Jugendaustausch ausbauen. Gegenseitiges Kennenlernen baut Vorurteile ab und schafft Verständnis. Was in Europa über Jahrzehnte gewachsen ist, kann auch darüber hinauswirken – als Beitrag zur Völkerverständigung und zu einem friedlichen Miteinander.

1.2 Sozialer Frieden in den Kiezen

Sozialer Frieden entsteht dort, wo Strukturen funktionieren und Menschen Unterstützung erfahren. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zurückzunehmen und Angebote langfristig zu sichern. Diese Angebote müssen die Breite der Gesellschaft erreichen und sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientieren. Nachbarschaftszentren und Bibliotheken wollen wir gezielt stärken – als Orte des Lernens, der Begegnung und des Austauschs. Sie sollen auch am Wochenende offenstehen und als Mehrgenerationenorte gedacht werden, an denen sich Jung und Alt begegnen, voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen können.

Unsere Parks und öffentlichen Räume sind wichtige Orte des Zusammenlebens. Sie gehören den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirks und sollen gemeinsam mit ihnen gestaltet werden. Beteiligung ist für uns kein einmaliger Prozess, sondern ein fester Bestandteil guter Politik. Bürgerräte und

Quartiersräte wollen wir stärken, regelmäßig einbinden und ihre Vorschläge ernsthaft prüfen und – wo möglich – umsetzen.

Ergänzend setzen wir auf verbindliche Runde Tische, bei denen Verwaltung, Politik und Bürger gemeinsam Lösungen entwickeln. Beteiligung muss wirksam sein und zu sichtbaren Ergebnissen führen. Um Anliegen besser aufzunehmen, wollen wir zudem eine starke Ombudsstelle etablieren, die als unabhängige Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger dient und mit klaren Rechten ausgestattet ist.

Schwierige Orte im Bezirk wollen wir gezielt in den Blick nehmen und gemeinsam mit allen Beteiligten verbessern – etwa durch eine intensivere Zusammenarbeit mit externen Partnern wie der Deutschen Bahn, Wohnungsbaugesellschaften usw. Dabei legen wir Wert auf klare Zeitstrukturen: Von der Planung bis zur Umsetzung sollen Maßnahmen in einem nachvollziehbaren Zeitraum erfolgen.

Berlin wächst, und viele Menschen kommen zu uns, weil sie vor Krieg und Gewalt fliehen mussten. Ihnen eine Perspektive zu geben, ist Teil unseres Verständnisses von sozialem Frieden. Deshalb setzen wir uns für eine dezentrale Unterbringung ein und lehnen große Massenunterkünfte ab. Integration gelingt dort am besten, wo Menschen im Alltag ankommen können – begleitet durch ausreichende soziale Unterstützung und klare Perspektiven.

Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem Frieden nicht nur ein abstrakter Begriff ist, sondern täglich spürbar wird: im respektvollen Umgang, in funktionierenden Strukturen und in einem starken Miteinander.

1.3 Sichere und saubere öffentliche Räume

Sicherheit heißt für die Menschen, sich in ihrem Ort wohlfühlen. Wir treten dafür ein, dass Parks, Wege und Unterführungen gut beleuchtet sind und öffentliche Räume so gestaltet werden, dass sie von allen Menschen sicher genutzt werden können. Bei der Stadtarchitektur ist es deshalb zwingend notwendig, dass Frauen und ihre Perspektiven Teil der Planung sind. Sicherheit hat aber auch etwas mit Ordnung, Sauberkeit und einem funktionierenden Alltag zu tun.

Berlin versinkt in manchen Bereichen zunehmend im Müll. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die erfolgreichen Sperrmüllaktionstage der BSR dauerhaft zu verstetigen und gleichzeitig öffentliche Räume für Tausch- und Wiederverwendungsangebote zu schaffen. Diese Angebote müssen niedrigschwellig, wohnortnah und kiezbezogen organisiert sein.

Ferner brauchen wir wohnortnahe Sammelboxen für Elektrokleingeräte, damit alte Geräte unkompliziert entsorgt werden können. Die BSR soll diese regelmäßig und schnell leeren, damit Elektroschrott nicht auf Gehwegen oder neben Mülltonnen landet.

Wie aus der Presse bekannt ist und viele Menschen im Kiez täglich erleben, sind auch die Glascontainer immer wieder überfüllt. Das führt zu Vermüllung, zusätzlichem Lärm und Frust bei den Anwohnerinnen und Anwohnern. Deshalb brauchen wir wieder mehr dezentrale und verlässliche Glasentsorgung direkt bei den Mieterinnen und Mietern. So entlasten wir Straßen und Plätze, verbessern die Lebensqualität und sorgen für mehr Ordnung im öffentlichen Raum.

Aber natürlich kann nicht alles allein durch die Bürgerinnen und Bürger organisiert werden. Wenn wir sichere, saubere und geordnete öffentliche Räume im Kiez wollen, braucht es auch einen handlungsfähigen Staat mit klaren Ansprechpartnern vor Ort. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Ordnungsamt und Polizei im Kiez sichtbar präsent, erreichbar und ansprechbar sind. Wir wollen eine regelmäßige Präsenz an bekannten Brennpunkten wie dem Nollendorfplatz, der Potsdamer Straße, an Bahnhöfen und auf Märkten, damit die Menschen wissen, wer vor Ort Verantwortung trägt und an wen sie sich bei Problemen wenden können. Sichtbarkeit schafft Vertrauen, stärkt das Sicherheitsgefühl und sorgt dafür, dass Regelverstöße konsequent verfolgt werden können.

Wir stehen zudem für die entschlossene Bekämpfung illegaler Zwangsprostitution und aller Formen organisierter Ausbeutung. Niemand darf in unserer Stadt entrechtet, bedroht oder ausgebeutet werden. Ordnung und Sauberkeit zeigen sich aber auch immer wieder rund um Silvester. Vermüllte Straßen, beschädigte Plätze und ein rücksichtsloser Umgang mit dem öffentlichen Raum dürfen kein Normalzustand sein. Deshalb müssen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig aufklären, klare Regeln durchsetzen, problematische Orte stärker kontrollieren und für eine schnelle Reinigung im Anschluss sorgen. Wer mutwillig zerstört oder öffentliche Räume vermüllt, muss mit konsequenten Sanktionen rechnen. Nur so bleibt der Kiez lebenswert, sicher und ordentlich für alle.

1.4 Soziale Begleitung von Ordnungspolitik

Ein funktionierender Kiez lebt vom Miteinander, von Sicherheit und davon, dass Menschen mit ihren Sorgen und Anliegen gehört werden. Ein bewährtes und niedrigschwelliges Instrument, um mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt ins Gespräch zu kommen, ist das Quartiersmanagement. Deshalb wollen wir die Anzahl der Quartiersmanagementgebiete erhöhen und wichtige soziale Angebote verstetigen, damit Prävention und schnelle Hilfe in besonders belasteten Regionen des Bezirks dauerhaft gesichert werden. Dort, wo Herausforderungen wachsen, braucht es Präsenz, Verlässlichkeit und Ansprechpartner, die Probleme früh erkennen und gemeinsam Lösungen entwickeln.

Unser Ziel ist eine enge Zusammenarbeit von Quartiersmanagement, Ordnungsamt, Sozialdiensten, Streetworkern sowie den Menschen vor Ort. Nur wenn Verwaltung, Hilfsstrukturen und Bürgerschaft gemeinsam handeln, können nachhaltige Verbesserungen entstehen. So stärken wir das Vertrauen in den Staat, entlasten Nachbarschaften und sorgen dafür, dass Konflikte gar nicht erst eskalieren.

Tempelhof-Schöneberg braucht zugleich ein klares Bekenntnis zu Menschlichkeit und sozialer Verantwortung. Menschen in schwierigen Lebenslagen dürfen nicht übersehen werden. Deshalb setzen wir uns für verlässliche Hilfsangebote direkt vor Ort ein – dazu gehören Kältebusse, ausreichend Schlafplätze und eine starke Kältehilfe in den Wintermonaten. Niemand soll in unserem Bezirk schutzlos bleiben.

Darüber hinaus wollen wir öffentliche Schwimmbäder niedrigschwellig für Menschen ohne Obdach an Randzeiten öffnen, damit sie Zugang zu Duschen und grundlegender Hygiene erhalten. Würde beginnt oft mit den einfachen Dingen des Alltags. Ergänzend wollen wir gemeinsam mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und ehrenamtlichen Initiativen ein starkes Netzwerk schaffen, das schnelle Unterstützung ermöglicht – von Kleidung über Beratung bis hin zur Vermittlung weiterer Hilfen.

So verbinden wir Ordnung mit Menschlichkeit, Sicherheit mit sozialer Verantwortung und schaffen einen Bezirk, in dem niemand zurückgelassen wird.

1.5 Respektvolle und bürgernahe Verwaltung

Wir wollen, dass die Bezirksämter wieder das sind, was sie sein müssen: verlässliche Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Verwaltung darf kein Hindernis sein, sondern muss den Alltag erleichtern. Nicht die Menschen sollen sich nach komplizierten Strukturen richten, sondern die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Menschen. Deshalb setzen wir uns für einen echten Zugang für alle ein – digital für diejenigen, die Online-Angebote nutzen möchten, und analog vor Ort für alle, die persönliche Unterstützung brauchen. Moderne Verwaltung bedeutet Wahlfreiheit, Erreichbarkeit und Service.

Dazu gehört auch, dass Behördengänge nicht nur mit monatelanger Planung möglich sind. Viele Anliegen entstehen spontan und dulden keinen langen Vorlauf. Deshalb wollen wir offene Sprechzeiten und die Möglichkeit, Termine auch kurzfristig oder ohne Voranmeldung wahrnehmen zu können. Wer Hilfe braucht, muss sie bekommen können – unkompliziert und zeitnah.

Tempelhof-Schöneberg ist ein vielfältiger, internationaler und lebendiger Bezirk. Diese Realität muss sich auch in unserer Verwaltung widerspiegeln. Deshalb setzen wir uns für Behördenlotsen ein, die Menschen durch Anträge und Verfahren begleiten – mehrsprachig, verständlich und auf Augenhöhe. Wir wollen klare Kommunikation statt unverständlicher Formulare und respektvollen Umgang statt belehrender Haltung. Verwaltung muss den Menschen dienen, nicht sie abschrecken.

Besonders wichtig ist uns der Ausbau des sozialen Dienstes. Ältere, kranke oder bettlägerige Menschen dürfen nicht ausgeschlossen werden, nur weil sie nicht selbst zum Amt kommen können. Deshalb wollen wir mehr Hausbesuche ermöglichen und mobile Lösungen schaffen. Ein Bürgeramtskoffer kann dabei helfen, Verwaltungsleistungen direkt zu den Menschen nach Hause zu bringen – digital, praktisch und würdevoll.

Unser Ziel ist eine Verwaltung, die funktioniert: schneller, bürgernäher und unbürokratischer. Weniger Formulare, kürzere Wege und mehr Lösungen statt Zuständigkeitsgerangel. Ein moderner Bezirk braucht einen Staat, der ansprechbar ist, hilft und Vertrauen schafft.

1.6 Katastrophenschutz ausbauen

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass die Bezirksämter sowohl im Gesundheitsschutz als auch im Katastrophenschutz nicht ausreichend auf Krisensituationen vorbereitet waren. Abläufe waren zu langsam, Zuständigkeiten häufig unklar und bestehende Strukturen nicht ausreichend belastbar. Aus diesen Erfahrungen müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Unser Bezirk braucht daher ein modernes, gut abgestimmtes und jederzeit einsatzfähiges Krisenmanagement, das in der Lage ist, schnell und zuverlässig auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Dafür ist es notwendig, die bezirklichen Konzepte für Gesundheits-, Krisen- und Katastrophenschutz regelmäßig zu überprüfen, kontinuierlich zu aktualisieren und an veränderte Gefahrenlagen anzupassen. Vorsorge darf nicht erst im Krisenfall beginnen. Vielmehr muss fortlaufend geprüft werden, ob Personal, Ausstattung, Kommunikationswege und Notfallpläne tatsächlich ausreichen, um im Ernstfall handlungsfähig zu bleiben.

Gerade die Erfahrungen in den westlichen Bezirken haben gezeigt, dass Unterstützung, Austausch und Hilfe der Bürgerinnen und Bürger vor allem im direkten Lebensumfeld stattfinden. Der Kiez ist in Krisenzeiten der zentrale Ort für Information, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung. Deshalb wollen wir lokale Netzwerke stärken, Nachbarschaften besser einbinden und dezentrale Strukturen ausbauen, damit Hilfe schnell und zuverlässig dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

Dazu gehören leistungsfähige Gesundheitsämter, moderne Warn- und Informationssysteme sowie funktionierende Notfalltreffpunkte. Ebenso wichtig ist die enge Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, sozialen Trägern und ehrenamtlichen Initiativen. Katastrophenschutz ist keine abstrakte Verwaltungsaufgabe, sondern konkrete Daseinsvorsorge für die Menschen im Bezirk.

Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf klaren und verständlichen Handlungsanweisungen für Krisensituationen, etwa bei einem großflächigen Stromausfall. Die Bürgerinnen und Bürger müssen jederzeit wissen, wie sie sich verhalten sollen, wo sie verlässliche Informationen erhalten und welche Anlaufstellen im Bezirk Hilfe bieten.

Dieses Konzept darf nicht nur im Hintergrund existieren, sondern muss aktiv kommuniziert, regelmäßig überprüft und auch praktisch geübt werden. Notfallpläne, Informationswege und Hilfestrukturen müssen so gestaltet sein, dass sie alle Menschen erreichen – unabhängig von Sprache, Alter oder digitalem Zugang. Dazu gehören gut sichtbare Anlaufstellen im Kiez, klare Kommunikationsketten sowie mehrsprachige und leicht verständliche Informationen.

Wir wollen, dass Tempelhof-Schöneberg im Krisenfall nicht verstummt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Notfalltreffpunkte mit autarken, möglichst solarbetriebenen Kommunikationssystemen auszustatten, die auch bei einem Ausfall von Stromversorgung, Mobilfunk und Internet einsatzfähig bleiben. Hierzu sollen moderne und energieeffiziente Funktechnologien wie LoRa-Netzwerke geprüft und eingesetzt werden, um Informationen und Warnmeldungen auch in Krisensituationen zuverlässig im Bezirk zu verbreiten.

Ziel ist ein Bezirk, der im Krisenfall nicht improvisieren muss, sondern vorbereitet ist – mit klaren Strukturen, eindeutiger Kommunikation und verlässlicher Hilfe dort, wo sie gebraucht wird. Sicherheit bedeutet auch, in Krisenzeiten handlungsfähig und verlässlich zu sein.



2. Soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit ist für uns die Möglichkeit der Teilhabe – ob beim Wohnen, bei der Naherholung, bei der Gesundheit und vor allem da wo Kinder sind: in Familien.

2.1 Wohnen im Bezirk

Bezahlbares Wohnen ist auch in Tempelhof-Schöneberg eine zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und ein gutes Zusammenleben. Steigende Mieten, Verdrängung und fehlender Wohnraum betreffen immer mehr Menschen im Bezirk. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Wohnen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden wird und nicht allein den Marktkräften überlassen bleibt.

Unser Ziel ist es, bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern. Dabei hat der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbau für uns Vorrang, weil er dauerhaft stabile Mieten gewährleisten kann. Gleichzeitig halten wir es für notwendig, vorhandene Flächen im Bezirk besser zu nutzen. Insbesondere bereits versiegelte Flächen sollen gezielt für neuen Wohnraum erschlossen werden, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ohne weitere Grünflächen zu belasten. Private Investoren wollen wir stärker in die Pflicht nehmen. Sozialpreisbindungen müssen ausgeweitet und verbindlich im Planungsrecht verankert werden, damit bei Neubauten ausreichend Sozialwohnungen und Wohnungen im mittleren Preissegment entstehen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, bestehende Mietverhältnisse besser vor Verdrängung zu schützen. Milieuschutzgebiete sollen im Bezirk ausgeweitet und gestärkt werden, um die soziale Zusammensetzung der Kieze zu erhalten.

Ein besonderes Problem sehen wir im möblierten Wohnen zu überhöhten Preisen. Gerade in Milieuschutzgebieten braucht es hier wirksame Kontrollen und klare Regeln. Dafür wollen wir starke bezirkliche Instrumente entwickeln. Gleichzeitig ist mehr Personal notwendig, um Mietwucher konsequent zu verfolgen – sowohl bei Haupt- als auch bei Untermieten. Ergänzend setzen wir uns für kostenlose, bezirkliche Beratungsangebote für Mieter ein.

Wir unterstützen den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“, weil er ein klares Signal für eine andere Wohnungspolitik ist. Ebenso wichtig ist es, eine verlässliche Nachfolgeregelung für Wohnungen zu schaffen, die aus der Sozialbindung fallen. Sozialwohnungen müssen langfristig bezahlbar bleiben und dürfen nicht schrittweise dem freien Markt überlassen werden.

Darüber hinaus sehen wir im generationsübergreifenden Wohnen eine große Chance. Wir wollen Wohnprojekte fördern, in denen ältere Menschen und Studierende zusammenleben. Solche Konzepte schaffen bezahlbaren Wohnraum, stärken den sozialen Zusammenhalt und wirken Einsamkeit im Alter entgegen. Niedrigschwellige Möglichkeiten für einen sozialverträglichen Wohnungstausch wollen wir bezirklich entwickeln.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Umgang mit leerstehendem Wohnraum. Es ist nicht hinnehmbar, dass Wohnungen oder Gebäude ungenutzt bleiben, während viele Menschen eine Wohnung suchen. Deshalb wollen wir Leerstand konsequent bekämpfen und die Zweckentfremdung stärker kontrollieren. Dafür braucht es mehr Personal und eine konsequente Durchsetzung bestehender Regeln. Wir setzen uns zudem dafür ein, neue Instrumente zu entwickeln, um unfertige Bauprojekte schneller abzuschließen und sogenannte Bauruinen zu vermeiden. Gleichzeitig sollen Eigentümer, deren Bauvorhaben ins Stocken geraten sind, besser unterstützt werden.

Bestehende Gebäude sollen besser genutzt werden: Leerstehende Bürogebäude wollen wir bedarfsgerecht in Wohnraum umwandeln. Auch verwahrloste Häuser müssen wieder einer ordentlichen Nutzung zugeführt werden, etwa durch den Einsatz von Treuhändermodellen. Ergänzend streben wir

einen Leerstandsmelder und ein Kataster für ungenutzte Gewerbeflächen an, um Transparenz zu schaffen und gezielt gegensteuern zu können.

Neben der Schaffung von neuem Wohnraum ist es uns wichtig, die Mieterinnen und Mieter im Alltag besser zu unterstützen. Die Wohn- und Bauaufsicht soll gestärkt werden und eine aktivere Rolle einnehmen. Wir wollen eine Schimmelhotline einrichten und sicherstellen, dass Betroffene bei Problemen mit Vermietern schnell Hilfe erhalten. Gleichzeitig sollen Bürgerinnen und Bürger besser über ihre Rechte und die Eingriffsmöglichkeiten der Behörden informiert werden.

2.2 Grüne Infrastruktur

Eine intakte und gut gepflegte grüne Infrastruktur ist für die Lebensqualität im Bezirk von großer Bedeutung. Sie schafft Erholungsräume, verbessert das Stadtklima und trägt dazu bei, dass unsere Kieze auch in Zukunft lebenswert bleiben.

Wir setzen uns für den Erhalt und die Sicherung von Kleingartenanlagen und Friedhofsflächen ein. Diese Flächen sind wichtige grüne Rückzugsorte im dicht bebauten Stadtgebiet. Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll, Friedhofsflächen nach Ablauf der Pietätsfristen behutsam als öffentliche Grünflächen weiterzuentwickeln, um zusätzliche Freiräume für die Menschen im Bezirk zu schaffen.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Erhalt des Baumbestandes, insbesondere entlang zentraler Straßen wie dem Tempelhofer Damm. Wo Veränderungen notwendig sind, soll geprüft werden, ob Bäume umgesetzt statt gefällt werden können. Straßenbäume leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Das Tempelhofer Feld ist ein einzigartiger Freiraum für ganz Berlin. Wir setzen uns dafür ein, dass das bestehende Gesetz weiterhin gilt, solange keine neue demokratische Entscheidung getroffen wird. Damit bleibt dieser wichtige Ort für Erholung, Begegnung und Natur erhalten.

Auch begrünte Innenhöfe spielen eine wichtige Rolle für das Mikroklima und die Lebensqualität vor Ort. Wir wollen diese Flächen schützen und dort, wo es möglich ist, gezielt aufwerten.

Gleichzeitig ist es notwendig, der zunehmenden Verwahrlosung von Grünflächen entgegenzuwirken. Saubere und gepflegte Anlagen sind Voraussetzung dafür, dass sie von allen genutzt werden können. Dafür braucht es mehr Mülleimer, bessere Beschilderung und regelmäßige Kontrollen.

Das sogenannte verkehrsbegleitende Grün entlang von Straßen und Wegen wollen wir ausbauen und besser pflegen. Es trägt zur Kühlung der Stadt bei und verbessert das Stadtbild.

Angesichts steigender Temperaturen sehen wir zudem dringenden Handlungsbedarf bei sogenannten Hitzeinseln im Bezirk. Durch gezielte bauliche Maßnahmen wie Verschattung, Begrünung und Wasserangebote wollen wir für Abkühlung sorgen und die Aufenthaltsqualität auch an heißen Tagen sichern.

2.3 Gesundheits- und Pflegeangebote im Bezirk stärken

Im Bereich Gesundheit und Pflege setzen wir uns für eine wohnortnahe Versorgung ein. Arztpraxen, Kliniken und Apotheken müssen im Bezirk erhalten bleiben. Notdienste von Apotheken sollen so organisiert werden, dass eine regelmäßige Erreichbarkeit im gesamten Bezirk gewährleistet ist. Gleichzeitig wollen wir wohnortnahe Gesundheitsangebote weiter ausbauen.

Das Wenckebach Klinikum soll wieder zu einem zentralen, bürgernahen Gesundheitsstandort entwickelt werden. Wir halten es für notwendig, dort perspektivisch wieder eine Notaufnahme sowie stationäre und ambulante Angebote aufzubauen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine realistische und kostengünstigere

Planung eines Gesundheits- und Pflegecampus ein, der sowohl Ausbildung als auch Versorgung verbindet. Teile der Infrastruktur sollen dabei auch für Wohnen oder soziale Nutzungen geöffnet werden.

Pflegestützpunkte sollen möglichst in jedem Kiez vorhanden sein. Gleichzeitig wollen wir die Arbeitsbedingungen im Pflege- und Sozialbereich verbessern, etwa durch bessere Mobilitätsangebote. Auch Angebote zur psychischen Gesundheit wollen wir stärken, etwa durch Informationskampagnen, niedrigschwellige Beratungsangebote – auch online – sowie Kurse zur Stressbewältigung.

2.4 Kinder, Familien und Senioren

Für Kinder, Familien und Senioren braucht es verlässliche Strukturen. Kitas sollen personell besser ausgestattet und vor Verdrängung geschützt werden. Der Regionale Sozialdienst (RSD) muss gestärkt und entlastet werden, damit Familien schneller Unterstützung erhalten. Wir wollen mehr Angebote für Kinder schaffen, etwa durch Spiel- und Begegnungsorte, auch in leerstehenden Gebäuden. Mobile Spielangebote können hier eine wichtige Ergänzung sein. Gleichzeitig sollen Winterspielplätze gesichert und ausgeweitet werden.

Für Senioren setzen wir auf mehr Teilhabe im Alltag: altersgerechtes Wohnen, barrierefreie Räume, funktionierende Infrastruktur und gezielte Unterstützungsangebote. Im Winter müssen die Fußwege frei sein, damit sich alle Menschen ohne Hindernisse bewegen können. Ein Winterdienst aus einer Hand soll dazu beitragen, dass alle Menschen ihren Alltag auch bei Schnee und Eis bewältigen können. Ein Hilfesystem für Senioren im Winter soll ebenfalls beitragen, sie zu unterstützen.

Offene Angebote sollen besser gebündelt und auch analog kommuniziert werden, damit sie alle erreichen. Ergänzend wollen wir Seniorensport, Patenprogramme und Begegnungsangebote stärken.

Alleinerziehende benötigen besondere Unterstützung. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau bezirklicher Netzwerkstrukturen und gezielter Anlaufstellen ein. Diese sind nur unzureichend vorhanden.

Ein funktionierender öffentlicher Raum gehört ebenfalls zur sozialen Infrastruktur. Dazu zählen sichere und freie Gehwege, ausreichend Parkbänke, öffentliche Toiletten – insbesondere an Spielplätzen – sowie eine gute Ausstattung mit WLAN an öffentlichen Orten.

2.5 Arbeitslosigkeit und Armut im Bezirk bekämpfen

Die Bekämpfung von Armut bleibt eine zentrale Aufgabe. Wir setzen uns für einen regelmäßigen Armutsbericht mit konkreten Maßnahmen ein, insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut. Langzeitarbeitslose sollen stärker gefördert und durch zusätzliche Stellen im Bezirksamt unterstützt werden. Gleichzeitig wollen wir eine unabhängige Rechtsberatung gegenüber dem Jobcenter schaffen und die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt beschleunigen.

2.6 Lebendige Quartiere

Lebendige Quartiere entstehen dort, wo Wohnen, Infrastruktur und soziale Angebote zusammen gedacht werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, neue Wohnprojekte immer gemeinsam mit Kitas, Schulen, Grünflächen, Nahversorgung und einer guten Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu planen. Die Beteiligung der ansässigen Bevölkerung verstehen wir als Selbstverständlichkeit in der Entwicklung des Nahbereichs.

Auch ausreichender Parkraum und Quartiersgaragen gehören für uns zu einer funktionierenden Stadtplanung.

Hitzeschutzkonzepte sollen konkret in den Kiezen umgesetzt werden – gemeinsam mit den Menschen vor Ort und den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Dazu gehören Schattenplätze, Begrünung, Trinkwasserbrunnen und funktionierende Wasseranlagen.

Wir wollen die Nahversorgung und medizinische Angebote in den Kiezen sichern und ausbauen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, wichtige Infrastrukturprojekte wie Schwimmhallen endlich fertigzustellen oder pragmatische Alternativen zu schaffen.

Nachbarschaftszentren und Treffpunkte spielen eine wichtige Rolle für den sozialen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir Zentren stärken und neue Nutzungskonzepte für leerstehende Flächen entwickeln – etwa als Markthallen, Begegnungsorte oder soziale Einrichtungen.

Vereine, Initiativen und zivilgesellschaftliche Gruppen brauchen Räume. Wir setzen uns dafür ein, mehr kostenfreie Räume bereitzustellen und diese in einer dezentralen Datenbank sichtbar zu machen.

Der Süden des Bezirks soll stärker in den Blick genommen werden. Dort wollen wir neue multifunktionale Zentren schaffen und bestehende Angebote ausbauen. Gleichzeitig setzen wir uns für die zügige Fertigstellung zentraler Projekte wie der Neuen Mitte Tempelhof ein.

2.7 Schulen

Gute Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für Chancengleichheit. Deshalb setzen wir uns für gut ausgestattete Schulen und bessere Lernbedingungen ein. Frühe Förderung ist entscheidend. Schuleingangsuntersuchungen sollen klare Konsequenzen haben, damit Kinder mit Förderbedarf gezielt unterstützt werden. Gleichzeitig setzen wir uns für stärkere Vorschulangebote ein, damit Basiskompetenzen frühzeitig entwickelt werden können.

Schulen müssen personell und materiell besser ausgestattet werden. Dabei darf es nicht darum gehen, Probleme durch neue Berechnungsgrundlagen zu kaschieren, sondern reale Verbesserungen zu erreichen.

Wir wollen den Impuls senden, mehr schulpсихologische Angebote zu schaffen, insbesondere für traumatisierte Kinder. Gleichzeitig sollen Unterstützungsangebote direkt an den Schulen ausgebaut werden, etwa durch Erziehungshilfen und Kooperationen mit externen Partnern und mobilen Angeboten.

Gemeinschaftsschulen sollen gestärkt werden. Förderschulen wollen wir erhalten, aber durchlässiger gestalten, damit bessere Übergänge in Ausbildung und Beruf möglich werden. In Kooperation mit ansässigen Unternehmen und der Verwaltung können diese Übergänge besser gestaltet werden.

Auch das Schulumfeld ist wichtig. Die Schulreinigung soll wieder stärker kommunal organisiert und verbessert werden. Gleichzeitig wollen wir Verantwortung und Gemeinschaftssinn fördern, etwa durch stärkere Einbindung der Schülerinnen und Schüler.

Neben dem Unterricht wollen wir mehr Angebote für Kinder schaffen: Bewegung, soziales Lernen und faire Konfliktlösung sollen stärker gefördert werden. Dazu gehören auch Programme wie Schülerlotsen oder Kooperationen mit externen Trägern. Wir verstehen das als Voraussetzung, damit ein friedliches Zusammenleben wieder möglich ist. Das ist ein Grundpfeiler der Friedensbildung an Schulen

Schwimmen ist eine grundlegende Fähigkeit. Deshalb setzen wir uns für einen verlässlichen Schwimmunterricht und zusätzliche Angebote ein.

Medienkompetenz und ein kritischer Umgang mit digitalen Geräten sind heute unverzichtbar. Gleichzeitig wollen wir mit Maßnahmen wie Handyparkplätzen in Schulen für klare Regeln im Schulalltag sorgen.

Ergänzend wollen wir mehr außerschulische Lernorte schaffen, insbesondere im Süden des Bezirks – etwa Gartenarbeit- oder Jugendverkehrsschulen.

Auch gesunde Ernährung spielt eine Rolle für den Lernerfolg. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die Schülerinnen und Schüler regelmäßig mit kostenlosem Obst und Gemüse versorgen.

Unser Ziel ist eine Schule, die Bildung, soziale Entwicklung und Chancengleichheit miteinander verbindet und allen Kindern im Bezirk gute Perspektiven eröffnet.



3. Wirtschaftliche und verkehrspolitische Vernunft – Politik, die funktioniert

Gute Politik orientiert sich am Alltag der Menschen und an soliden Lösungen.

3.1 Verkehrspolitik

3.1.1 Pragmatische Mobilität für alle

Wir treten für eine pragmatische Mobilität für alle ein. Mobilität muss sich am Alltag der Menschen orientieren und darf nicht zur Hürde werden. Deshalb setzen wir uns für einen starken und verlässlichen öffentlichen Nahverkehr ein – insbesondere auch in den Außenbezirken, die bislang oft unzureichend angebunden sind. Ziel ist es, Wege zu verkürzen, Umstiege zu reduzieren und den Nahverkehr insgesamt attraktiver zu machen.

Ein zentrales Anliegen ist für uns der Ausbau der U-Bahn-Linie U6 in Richtung (des öffentlichen Nahverkehrs nach) Lichtenrade. Wir setzen uns auch dafür ein, dass kurzfristig zusätzliche Haltestellen der S-Bahn-Linie etwa in Richtung Buckower Chaussee und Marienfelde, geschaffen werden, um die Anbindung deutlich zu verbessern. Gleichzeitig fordern wir mehr Flexibilität und direkte Verbindungen im Nahverkehr, damit Bürgerinnen und Bürger schnell, unkompliziert und zuverlässig von A nach B gelangen – ohne lange Umwege oder unnötige Wartezeiten.

Darüber hinaus ist die zügige Erneuerung des S-Bahnhofs Tempelhof für uns von zentraler Bedeutung. Als wichtige Drehscheibe für den öffentlichen Verkehr sowie als Zugang zum Tempelhofer Feld und zu zahlreichen kulturellen Angeboten darf es hier zu keiner weiteren Verzögerung kommen. Eine funktionierende Infrastruktur ist Voraussetzung für einen lebenswerten und gut vernetzten Bezirk.

Auch Radwege müssen sicher, klar strukturiert und zweckmäßig gestaltet sein. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Radwege zu überprüfen, eindeutig zu führen und konsequent vom Fußverkehr zu trennen. Insbesondere Radwege auf Gehsteigen müssen umfassend saniert werden, damit sowohl Radfahrende als auch Fußgängerinnen und Fußgänger sicher unterwegs sein können.

Neben nachhaltiger Mobilität braucht es auch leistungsfähige Straßen für Anwohnerinnen und Anwohner, für Gewerbe und Handwerk. Eine ideologisch motivierte Verpollerung oder das pauschale Streichen von Parkplätzen lehnen wir ab. Mobilitätspolitik muss sich an den realen Bedürfnissen der Menschen orientieren.

Deshalb setzen wir uns für faire und praktikable Regelungen beim Parken ein. Die Einwohnervignette soll zum bisherigen Preis erhalten bleiben. Gleichzeitig brauchen wir flexiblere Lösungen, etwa durch Sondergenehmigungen für Gewerbetreibende, Pflegekräfte, Kleingärtnerinnen und Kleingärtner sowie für Menschen, die aus familiären Gründen in zwei Kiezen leben und auf zwei Parkvignetten angewiesen sind. Zusätzlich fordern wir, dass Parkplätze auf Discounter-Grundstücken in den Nachtstunden unentgeltlich genutzt werden können.

Insgesamt muss gelten: Es darf zu keinem weiteren Wegfall von Parkplätzen in Tempelhof-Schöneberg kommen. Unser Ziel ist eine ausgewogene Mobilitätspolitik, die alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt und den Alltag der Menschen tatsächlich erleichtert.

3.1.2 Kiezzgerechte Verkehrsplanung

Wir brauchen eine kiezzgerechte Verkehrsplanung, die den unterschiedlichen Realitäten in Schöneberg, Tempelhof, Mariendorf und Lichtenrade gerecht wird. Einheitliche Lösungen greifen hier zu kurz – jeder

Ortsteil hat eigene Herausforderungen, Bedürfnisse und Strukturen. Deshalb setzen wir auf differenzierte, praxisnahe Konzepte, die sich am tatsächlichen Alltag der Menschen orientieren und nicht an ideologischen Vorgaben.

Zentral ist für uns dabei die enge Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Gute Verkehrsplanung entsteht nicht am Reißbrett, sondern im Dialog. Anwohnerinnen und Anwohner sowie Gewerbetreibende müssen frühzeitig eingebunden, ernst genommen und transparent informiert werden. Nur so kann Veränderung gelingen und Akzeptanz entstehen.

Wir sprechen uns klar gegen weitere Kiezblöcke aus, die zulasten der Menschen gehen, insbesondere für diejenigen, die an den Hauptverkehrsadern leben und dadurch zusätzliche Belastungen erfahren. Verkehrsmaßnahmen dürfen nicht einseitig Probleme verlagern, sondern müssen ausgewogen und gerecht gestaltet sein.

Bei allen Veränderungen in der Mobilität müssen die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner ebenso berücksichtigt werden wie die Anforderungen von Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungsbetrieben. Dazu gehören auch bessere Rahmenbedingungen für das Fahrgewerbe, etwa durch ausreichend Haltemöglichkeiten und praktikable Lösungen im täglichen Betrieb.

Unser Ziel ist eine Verkehrsplanung, die funktioniert: kieznahe, ausgewogen und gemeinsam mit den Menschen entwickelt – für einen Bezirk, in dem Mobilität den Alltag erleichtert, statt ihn zu erschweren.

3.2 Stärkung des Mittelstands

Wir setzen uns für starke, kleinteilige wirtschaftliche Netzwerke im Bezirk ein – insbesondere für lebendige Geschäftsstraßen, die das Herz unserer Kieze bilden. Sie sichern die Nahversorgung, schaffen Arbeitsplätze und fördern das soziale Miteinander. Gleichzeitig ist es für uns nicht nachvollziehbar, warum wichtige Entwicklungsprojekte, wie die Verbindung rund um den S-Bahnhof Kamenzer Damm bis zur Lankwitzer Straße, bislang nicht umgesetzt wurden. Hier braucht es endlich klare Prioritäten und eine zügige Umsetzung.

Wir sprechen uns entschieden gegen Monostrukturen in unseren Kiezen aus. Einseitige Nutzungen schwächen die Vielfalt und mindern die Lebensqualität. Stattdessen wollen wir ein breites und ausgewogenes Angebot aus Dienstleistungen, Einzelhandel und Handwerk fördern, damit die Menschen vor Ort alles finden, was sie im Alltag benötigen. Ein lebendiger Kiez lebt von seiner Vielfalt.

Dazu gehört auch eine stärkere Einbindung der Wohnungsbaugesellschaften bei der Vergabe von Gewerberäumen. Sie tragen eine besondere Verantwortung für die Entwicklung funktionierender Quartiere und sollten gezielt dazu beitragen, eine gesunde Mischung aus unterschiedlichen Betrieben zu ermöglichen.

Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für eine bessere Regulierung des Gewerbemietmarktes ein. Steigende Mieten dürfen nicht dazu führen, dass gewachsene Strukturen verdrängt werden und kleine Betriebe ihre Existenzgrundlage verlieren.

Gleichzeitig fordern wir eine konsequente Verfolgung von Wirtschaftskriminalität. Ehrliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer dürfen nicht benachteiligt werden. Fairer Wettbewerb und klare Regeln sind die Grundlage für eine starke und verlässliche Wirtschaft in unserem Bezirk.

4. Freiheit – Selbstbestimmt leben im Bezirk

Freiheit bedeutet Wahlmöglichkeiten, Sicherheit und bezahlbare Lebensbedingungen.

4.1 Freiheit im Alltag

4.1.1 Vielfalt der Mobilität muss möglich bleiben

Freiheit bedeutet, sein Leben selbstbestimmt gestalten zu können – auch im Alltag und in der Mobilität. Die Menschen in Tempelhof-Schöneberg sollen frei entscheiden können, wie sie unterwegs sind: zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem öffentlichen Nahverkehr oder mit dem Auto. Diese Wahlfreiheit ist Ausdruck von Lebensqualität und muss erhalten bleiben. Dafür braucht es eine durchdachte Planung und eine klare, verlässliche Kommunikation seitens der Verwaltung.

Gerade bei größeren Eingriffen in den Verkehr, wie der Sperrung des Tempelhofer Damms, zeigt sich, wie wichtig eine vorausschauende und bürgernahe Planung ist. Umleitungen und Ausweichstrecken müssen sinnvoll konzipiert werden, damit Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner so gering wie möglich bleiben. Einschränkungen im Alltag dürfen nicht zur Dauerbelastung werden, sondern müssen auf das notwendige Maß reduziert werden.

Die Erneuerung des Tempelhofer Damms im Sinne einer schwammgerechten Stadt ist grundsätzlich sinnvoll und notwendig. Gleichzeitig darf der Verkehr nicht einfach in angrenzende Wohngebiete wie die Fliegiersiedlung verlagert werden. Lösungen müssen ausgewogen sein und alle Betroffenen im Blick behalten.

Deshalb setzen wir uns für ein transparentes und gut koordiniertes Baustellenmanagement ein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen frühzeitig informiert, eingebunden und ernst genommen werden. Nur durch klare Abläufe, nachvollziehbare Entscheidungen und echte Beteiligung kann Akzeptanz entstehen. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem Mobilität funktioniert, Veränderungen verständlich sind und die Freiheit im Alltag für alle erhalten bleibt.

4.1.2 Freiheit des Wohnens

Freiheit bedeutet für uns auch die Freiheit des Wohnens. Menschen sollen in ihrem Kiez bleiben können, ihre Nachbarschaften erhalten und ihr Zuhause als sicheren Ort erleben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, gewachsene Strukturen zu schützen und sowohl Mieterinnen und Mietern als auch Eigentümerinnen und Eigentümern verlässliche Perspektiven zu bieten. Ein gutes Zusammenleben im Bezirk lebt vom gegenseitigen Respekt und von Rahmenbedingungen, die Stabilität statt Verdrängung fördern.

Gleichzeitig sehen wir es als unsere Verantwortung, auch Menschen in schwierigen Lebenslagen nicht allein zu lassen. Deshalb unterstützen wir konsequent das Prinzip „Housing First“. Wohnraum ist die Grundlage für Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe – und muss auch für obdachlose Menschen zugänglich sein. Ergänzend braucht es verlässliche Hilfsangebote, die ihnen den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Wir sprechen uns klar gegen die Ausweitung von möbliertem Wohnen als Geschäftsmodell aus, das regulären Wohnraum dem Markt entzieht und Mieten weiter in die Höhe treibt. Hier muss der Milieuschutz konsequent eingehalten und durchgesetzt werden. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem Wohnen bezahlbar bleibt, Nachbarschaften erhalten werden und alle Menschen die Chance auf ein sicheres Zuhause haben.

4.2 Meinungsvielfalt, Beteiligung und Transparenz

Als BSW stehen wir für die Freiheit der Meinungen und für echte Meinungsvielfalt. Eine lebendige Demokratie lebt davon, dass unterschiedliche Perspektiven gehört, respektiert und ernst genommen werden. Deshalb setzen wir uns konsequent für mehr Beteiligung und Transparenz im Bezirk ein. Politik darf nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden, sondern muss im offenen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden.

Wir fordern regelmäßige, offene Bürgerdialoge in allen Ortsteilen, damit Anliegen direkt vor Ort eingebracht werden können. Ergänzend wollen wir geloste Bürgerräte einsetzen und ihnen eine echte Entscheidungskompetenz geben. Beteiligung darf nicht folgenlos bleiben – wer sich einbringt, muss auch erleben, dass daraus konkrete Ergebnisse entstehen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine verbindliche und standardisierte Einbindung bestehender Gremien in die Ausschussarbeit der BVV ein. Quartiersräte sollen regelmäßig über Entwicklungen in den Kiezen berichten, Probleme benennen und Vorschläge einbringen können. Dieses Wissen aus dem Alltag ist unverzichtbar für fundierte politische Entscheidungen und stärkt die Verbindung zwischen Verwaltung und Lebensrealität.

Gleichzeitig braucht es eine klare, verständliche und frühzeitige Kommunikation von Entscheidungen des Bezirks. Informationen müssen transparent aufbereitet und nach einem einheitlichen, nachvollziehbaren Prinzip vermittelt werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben und Entwicklungen mitverfolgen können.

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, wollen wir mobile Beratungsangebote und flexible Beteiligungsformate ausbauen. Politik muss dort stattfinden, wo die Menschen sind – nicht nur in Amtsstuben oder Sitzungssälen.

Ein zentraler Baustein ist für uns zudem die Stärkung der direkten Beteiligung: Wir setzen uns für ein Rederecht der Bürgerinnen und Bürger in der BVV ein. Wer betroffen ist, soll auch gehört werden. Unser Ziel ist eine demokratische Kultur, die Beteiligung ernst nimmt, strukturell verankert und echte Mitgestaltung ermöglicht – transparent, wirksam und nah an den Menschen.

4.3 Digitale und persönliche Verwaltung

Wir treten für eine moderne, digitale Verwaltung ein, die ihren persönlichen Charakter nicht verliert. Digitale Angebote sollen den Alltag erleichtern, Abläufe beschleunigen und Wege verkürzen – sie sind eine sinnvolle Ergänzung, können den persönlichen Kontakt jedoch nicht ersetzen. Entscheidend ist die Wahlfreiheit: Bürgerinnen und Bürger sollen selbst bestimmen können, ob sie ihre Anliegen digital oder im direkten Gespräch vor Ort erledigen.

Gleichzeitig wollen wir das mobile Bezirksamt konsequent ausbauen, damit die Verwaltung zu den Menschen kommt. Verwaltungsleistungen müssen barrierefrei und wohnortnah zugänglich sein – unabhängig von Alter, Mobilität oder individuellen Lebensumständen. Eine moderne Verwaltung ist nicht nur digital, sondern auch präsent im Kiez.

Darüber hinaus setzen wir uns für terminfreie Angebote ein, die ohne lange Wartezeiten auskommen. Wer Unterstützung braucht, darf nicht wochenlang auf einen Termin warten müssen. Verwaltung muss flexibel, erreichbar und alltagstauglich sein. Unser Ziel ist eine bürgernahe Verwaltung, die digital unterstützt, persönlich erreichbar bleibt und den Zugang so einfach wie möglich gestaltet.

4.4 Corona-Aufarbeitung

Auch in unserem Bezirk hat eine umfassende Aufarbeitung der Corona-Pandemie bislang nicht ausreichend stattgefunden. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns für eine transparente und ehrliche Evaluation der damaligen Maßnahmen ein: Was hat gewirkt, was nicht, und welche Folgen sind bis heute spürbar? Dazu gehört auch eine klare Bestandsaufnahme zu Long Covid – wie viele Menschen im Bezirk betroffen sind und welche Unterstützung sie tatsächlich durch das Gesundheitsamt erhalten.

Gleichzeitig müssen wir aus den Erfahrungen lernen und unsere Strukturen für zukünftige Pandemien verbessern. Gesundheits-, Krisen- und Verwaltungsabläufe müssen überprüft, angepasst und krisenfest gemacht werden. Vorsorge bedeutet, vorbereitet zu sein, ohne in alte Fehler zurückzufallen.

Dabei ist für uns klar: Alle Maßnahmen müssen stets im Einklang mit der persönlichen Freiheit stehen. Ein Staat darf in Krisenzeiten handeln, aber er darf dabei nicht das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger verlieren. Freiheit und Verhältnismäßigkeit müssen gewahrt bleiben.

Besonders wichtig ist uns der Schutz von Kindern und Jugendlichen. Sie brauchen Verlässlichkeit, Sicherheit und Vertrauen in staatliches Handeln. Maßnahmen dürfen nicht über das notwendige Maß hinausgehen und müssen die Lebensrealität junger Menschen stärker berücksichtigen.

Unser Ziel ist eine verantwortungsvolle Aufarbeitung, die Lehren zieht, Vertrauen zurückgewinnt und unseren Bezirk besser auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet – mit Augenmaß, Transparenz und Respekt vor der Freiheit jedes Einzelnen.



Wahlprogramm BSW Tempelhof-Schöneberg für die Wahl zur BVV

Marvin Simmons
Hochschuldozent

Dominik Reuther
Dual-Student

Michael Farrherr
Angestellter



Çiğdem Görülü
Öffentlicher Dienst

Cajus Pietschmann
Berufsschullehrer

Christina Brandt
Kundenberaterin

Bündnis
**Sahra
Wagenknecht**

Von Hier - Für Uns!

